

# Über Finanzkrisen und Beschleunigung

Von Günther Moewes

**Immer größer und schneller,  
immer höher, weiter und riskanter,  
immer reicher und  
– immer ärmer.**

**Monsterkrisen,  
Monsterkonzerne,  
Monsterflugzeuge,  
Monsterhirsche,  
Monsterpleiten,  
Monstervermögen,  
Monstergehälter.  
Babylon, spätes Rom,  
Napoleon, Drittes Reich,  
Sowjetunion und  
heutige Finanzmärkte.**

**Wenn Grenzen  
nicht rechtzeitig erkannt werden,  
droht Zusammenbruch  
wegen Überdehnung.**

**Je größer, desto anfälliger.**

## Ich habe nie begriffen,

weshalb man ganze Volkswirtschaften, ja sogar die ganze Weltwirtschaft von Wetten und Gerüchten abhängig macht, nur weil man das für „Marktgeschehen“ hält. Die Börsen und das Aktienwesen hätten sich ja gewiss auch anders konstruieren lassen. Irgendwie müssen die Reichen damals den heutigen Umverteilungseffekt von unten nach oben schon vorausgeplant haben.

Aufgabe von Staaten ist es, kriminellen Machenschaften möglichst im Vorweg durch entsprechende Gesetze vorzubeugen. Sie tun dies auch fast überall, nur nicht auf den Finanzmärkten. Bei kleinen Autodiebstählen arbeitet man selbstverständlich international hervorragend zusammen, nicht aber bei Finanzbetrügereien. Nicht einmal im Nachhinein und schon gar nicht im Voraus.

Der Berliner Bankenskandal hat seinerzeit eine ganze Weltstadt in eine atemberaubende Milliardenverschuldung gestürzt, von der sie sich allenfalls in Jahrzehnten völlig erholen wird, wenn überhaupt. Die Strafe für eine solche Fehlspekulation von Milliarden wird nun nicht etwa dem Täter auferlegt. Im Gegenteil. Sie besteht vielmehr darin, dass der bürgende Staat (sprich: der Steuerzahler, d.h. vor allem die arbeitende Bevölkerung) nicht nur das von den Privaten verspekulierte Geld ersetzen muss, sondern obendrein dafür auch noch über Jahrzehnte, wenn nicht ein Jahrhundert lang Schuldzinsen bezahlen muss. Und die landen so oder so am Ende auch wieder auf den Konten der privaten Verleiher, zum Teil sogar womöglich auf denselben Konten, auf denen auch schon die Spekulationsgewinne gelandet sind. Eine Art Umverteilungsabonnement statt Strafe. Eine krassere Umkehrung des Verursacherprinzips lässt sich kaum denken: Die kriminelle Energie der Täter muss von den Opfern auch noch mit Zahlungen belohnt werden. Wenn Zocker gewinnen, stecken sie das Geld ein. Wenn sie verlieren, zahlt es der Staat.

Ich habe damals gedacht, das sei ein einmaliges Ereignis. Der Staat wird es nie wieder zulassen, dass Banken einfach das Geld der Bevölkerungen verwetten. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, das ist noch gar nichts, gegen

**Wenn ich faule Kredite in getarnten Papieren verstecke und diese dann anderen andrehe, dann sind solche Geschäfte aus der Sicht der Täter jedenfalls nicht „fehlgeschlagen“, sondern gelungen.**



das, was noch kommt – ich hätte es nicht geglaubt. Ich hätte zum Beispiel nie geglaubt, dass:

- deutsche Banken heimlich hinter dem Rücken ihrer Kunden, solvente Hypothekenkredite an ausländische Heuschrecken verkaufen, die dann versuchen, die Schuldner durch mutwillige Verschärfung der Konditionen aus ihren Häuschen zu vertreiben;
- der Bundesfinanzminister das auch noch gutheißt und die Bundesjustizministerin einen Gesetzentwurf vorlegt, der „abtretbare Kredite“ und „Weitergabe an Dritte“ ausdrücklich erlaubt;
- US-Banken umgekehrt faule, sogenannte „Subprime“-Kredite in undurchsichtigen oder getarnten Papieren verstecken, und diese dann deutschen Banken andrehen, die dann vor lauter Gier oder deutschem Respekt vor den USA auch prompt darauf hereinfallen;
- die so potenzierten Risiken dann durch „Anlagenversicherer“ (sogenannte „Monoliner“ oder „Schattenbanken“) großzügig „versichert“ werden, obwohl diese selber fast keinerlei Deckungskapital nachweisen müssen (ähnlich wie die „Hedge-Fonds“);
- dass auf diese Weise praktisch nur die „richtigen“ Banken dafür mit ihrem Eigenkapital haften müssen, sprich: mit dem Geld der Bevölkerungen, und dass
- der Umfang dieser fast völlig deckungslosen, vermeintlichen Kreditrisikoversicherungen sich heute auf weltweit 43 Billionen (!) Dollar beläuft (nach Schätzungen der Baseler „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“, der „Zentralbank aller Zentralbanken“ und laut Frankfurter Rundschau v. 22.01.08, S. 2)

Nach meinem Verständnis sind solche Machenschaften kriminell. In meinem Buch „Geld oder Leben“ habe ich mich mit der These auseinandergesetzt, dass und warum aller Kapitalismus letztendlich in Mafia enden muss<sup>1)</sup>. Der Unterschied zwischen solchen Praktiken und denen der Mafia besteht einzig und allein darin, dass die ideologievernebelten Regierungen die Machenschaften der Finanzjongleure letztlich für

nützlich und legal halten und nicht einmal mehr so tun, als ob sie etwas dagegen unternehmen. Hierzulande hält man offenbar ausländische Jugendliche für gefährlicher als internationale Milliardenpekulanten.

Als 1995 der 32-jährige Nick Leeson die älteste, seit sieben Generationen in Familienbesitz befindliche britische Investmentbank, die Barings Bank ruinierte, weil er unbeaufsichtigt 1,2 Mrd. Dollar verzockt hatte, hielt man sowohl das Ereignis als auch die Höhe der Summe für wiederum für einmalig und unwiederholbar. Aber auch das war gar nichts gegen das, was noch kommen sollte: Mitte Januar 2008 verzockte ein 31-jähriger Mitarbeiter namens Jerome Kerviel bei der zweitgrößten französischen Bank, der Société Générale, sogar fast 5 Mrd. Euro. Er hatte ein Jahr lang angeblich unkontrolliert mit 40 bis 50 Mrd. Euro jonglieren dürfen. Prolongiert man diese Entwicklung und würde es keinen crash geben, dann würde man irgendwann 14-jährige mit einer Billion herumspielen lassen, weil sie noch unter das Jugendstrafrecht fallen. „Eine Ära geht zu Ende“, sagt selbst George Soros. Endzeitstimmung.

Die entscheidende Frage dabei ist immer, wo diese Milliarden letztendlich landen. Darüber schweigen sich die Medien beharrlich aus. Sie landen natürlich bei den Wettgebern. Und das sind bestimmt nicht die bürgenden Staaten. Sie landen auf den privaten Konten von Leuten, die noch Geld zum Verwetten haben. Das legt den Verdacht nahe: Bankenskandale sind längst keine Naturereignisse oder Unfälle mehr, sondern augenzwinkernd geduldete Umverteilungsaktionen von erarbeitetem Geld auf die Privatkonten von nicht arbeitenden Zockern. Der Bevölkerung wird dann weiszumachen versucht, das Geld sei „verbrannt“<sup>2)</sup>. Im Aufmacher der Süddeutschen Zeitung vom 30.1.08 spricht der Weltökonom Nikolaus Piper von „fehlgeschlagenen Spekulationsgeschäften“. Irrtum. Wenn ich faule Kredite in getarnten Papieren verstecke und die anderen andrehe, dann sind solche Geschäfte aus der Sicht der Täter jedenfalls nicht „fehlgeschlagen“, sondern gelungen. Und wenn ich 5 Mrd. Euro auf die Privatkonten von Zockern verteile, ist auch das aus >

deren Sicht wohl kaum „fehlgeschlagen“, sondern allenfalls aus der Sicht der geneppten Bevölkerung. Und aus der Sicht jener Tausende, die dann zwecks „Sanierung“ mit ihren Familien in das Schicksal der Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Warum ist das so? Warum wird nichts dagegen unternommen? Das hat natürlich zum einen mit der Blauäugigkeit von Regierungen zu tun, zum anderen mit dem Wesen des Kapitalismus und dem, was ich „leistungslose Geldvermehrung“ nenne. Schließlich hat es aber auch damit zu tun, dass die Einschätzung von Krediten, Zinsen und Spekulationen im Laufe der letzten 150 Jahre systematisch verändert wurde. Ähnlich wie heute der neue Reformbegriff. Was in der vorindustriellen Zeit einmal als anrühlich und als Sünde galt, gilt heute als unerlässlicher Erfolgsgarant und als Motor von Liquidität und Wirtschaft. „Deregulierung statt Deckung“ heißt die Parole. Die Krankheit wird als Therapie verkauft. Das Missverhältnis zwischen erarbeiteter Wertschöpfung und nicht erarbeiteter Abschöpfung<sup>3)</sup> steigt so immer mehr ins Astronomische.

Dabei wird offenbar allzu leicht aus den Augen verloren, dass:

- das Risiko immer nur durch bereits real erwirtschaftete, wasserdichte Deckungen vermieden werden kann;
- Kredite in guten Zeiten einmal wieder zurückgezahlt werden sollten;
- alle Kredite, solange es Zinsen und Renditen gibt, prinzipiell die Umverteilung von Arm nach Reich erhöhen.

Es liegt bereits in der Definition von „Arm“ und „Reich“, dass Kredite kaum von Arm nach Reich vergeben werden können, sondern immer nur umgekehrt. Dieses eiserne Gesetz könnte nur dann überwunden werden, wenn der Staat die Nicht-Reichen verträte und für sie Geld verleihen würde, anstatt es zu leihen. Diesen Zustand gab es ja einmal unter Adenauers Finanzminister Schäffer mit seinem legendären „Juliusturm“. Hätte man dieses Geld nicht seinerzeit sinnlos versemelt, wäre es heute zu einer solchen Summe aufgelaufen, dass der Staat keine Steuern mehr erheben müsste<sup>4)</sup>. In einer ähnlichen Situation ist heute nur China mit seiner einen Billion an Dollar-Reserven. Diese Billion hat es letztlich durch die Dumping-Löhne seiner Bevölkerung und die Armut seiner Bauern erwirtschaftet. Heute könnte es eine solche Summe allerdings nicht mehr auf einen Schlag auf den Markt werfen, um seiner Bevölkerung zu helfen, sondern nur sehr vorsichtig in kleinen Raten, weil es sonst die Weltschaft zum Einsturz bringen würde.

Sieht man einmal von China ab, so gilt generell und weltweit: Geld verleihen können nur noch die 10% reichsten Privatleute. Und alle Zinsen und Renditen landen letztlich so oder so auf deren Konten, auf welchen Umwegen auch immer. Die Staaten sind in der Regel verschuldet und können kein Geld mehr verleihen. Und im Gesamtbereich der Unternehmen sind Geldvermögen und Schulden unter dem Strich weitgehend ausgeglichen. Natürlich können auch die 40% der privaten Geldvermögen der übrigen 90% der Bevölkerung verliehen werden. Nur trägt das nicht zum Abbau der Ungleichverteilung bei, weil diese 90% über die Preise längst mehr Zinsen bezahlen, als sie über ihre Guthaben wieder einnehmen<sup>5)</sup>. Die gesamte heutige, völlig überzogene Kreditwirtschaft befördert die reale Umverteilung von Staat nach

Privat und von Arm nach Reich. Sie erhöht so ständig die soziale Ungleichverteilung. National und global. Und das ist durchaus beabsichtigt.

---

**Die gesamte heutige,  
völlig überzogene Kredit-  
wirtschaft befördert die  
reale Umverteilung von  
Staat nach Privat und von  
arm nach reich. Sie erhöht  
so ständig die soziale  
Ungleichverteilung.  
National und global.  
Und das ist durchaus  
beabsichtigt.**

---

Die Euphorie, die der jetzige Bundesfinanzminister mit dem Abbau seiner Staatsschulden verbindet, entbehrt deshalb jeder Grundlage. Zum einen heißt ja „Verringerung der Neuverschuldung“ noch lange nicht „Schuldenabbau“. Zum anderen gilt „in geschlossenen Systemen“ die eiserne Regel: Die Gesamtschulden sind immer genau so groß wie die gesamten Geldvermögen. Solange also die gesamten Geldvermögen weiter wachsen und nicht verringert werden, wachsen auch die gesam-

ten Schulden im gleichen Ausmaß weiter. Selbst wenn die Staatsverschuldung eines fernen Tages wirklich verringert würde, Gesamtvermögen und Gesamtschulden aber gleich blieben, würden nur Staatsschulden intern auf Unternehmen und Privathaushalte abgewälzt. Fazit: Der Anstieg der gesamten Schulden kann grundsätzlich nur gebremst oder verhindert werden, indem der Anstieg der privaten Geldvermögen gebremst oder verhindert wird<sup>6)</sup>.

Eine solche Drosselung der Zuwächse der Reichenvermögen scheut man aber wie der Teufel das Weihwasser, eben weil damit weltweit auch eine Drosselung des Kreditvolumens einherginge. Und das wird als Schlag gegen Wirtschaft, Wirtschaftswachstum und Liquidität dargestellt. Tatsächlich würde sie aber die Wirtschaft nicht beeinträchtigen sondern nur verlangsamen. Eine Drosselung um 30% würde im Mittel lediglich bedeuten, dass alles, was sonst in 20 Jahren fertig geworden wäre, erst in dreißig Jahren fertig wird – sowohl die Monster-Cities als auch die Zerstörung der Regen-



wälder. Auch die privaten Geldvermögen der 10% Reichsten würden entsprechend langsamer ansteigen, ebenso wie die Zinsströme aus der „Dritten“ Welt. Und daraus könnte man wiederum mühelos die 30% Arbeitszeitverkürzung bezahlen, die dann entstünde.

Eine solche Verlangsamung der Wirtschaft durch Drosselung der Kreditvolumina würde jedoch gegen unantastbare Prinzipien neoliberaler Ökonomie verstoßen: gegen die heilige Wachstums- und Beschleunigungsmanie. Wie weit heutige Gesellschaften diesem Beschleunigungswahn bereits verfallen sind, habe ich bereits in der vorigen „Humanwirtschaft“ auseinandersetzen versucht: Obwohl das BIP seit dem ersten Weltkrieg in den Industriestaaten real stets nur streng linear und nie mehr exponentiell gewachsen ist, wird es vor lauter Beschleunigungseifer immer nur exponentiell gemessen<sup>7.)</sup>. Beschleunigung ist zum Selbstzweck geworden, zur Ideologie. Man unterstellt sie auch da, wo es sie gar nicht gibt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Je größer Werteverfall und Ziellosigkeit, desto größer das Verlangen nach Beschleunigung, um an das gar nicht mehr vorhandene Ziel zu kommen. Desto größer Superlative, hypertrophie und „Megalomanie“<sup>8.)</sup>. Steigerung um der Steigerung willen – das ist immer schief gegangen, sowohl in der Geschichte als auch in der Natur.

Irgendwann in der Vorgeschichte gab es Monsterhirsche, die nicht mehr durch den Wald kamen, weil ihre Geweihe durch genetische Auslese immer größer geworden waren. Sie starben aus. Oder die eingeschleppten Nilbarsche im Viktoriassee: Erst fraßen sie den See leer und dann sich notgedrungen gegenseitig. Oder das Monsterflugboot des legendären Milliardärs Howard Hughes, das der neue Airbus zu übertreffen sucht, zumindest an anfälliger Kabellänge. Wachstum und Beschleunigung sind heute an ihre Grenzen gelangt. Sie lassen sich nur noch mit künstlichen Mitteln steigern, mit Täuschung: mit unsinniger Arbeitsbeschaffung, Statistikmanipulation, Kabelsalat, Sprachtäuschung oder Doping. Entschleunigung wird dagegen als Versagen und Kapitulation gewertet. Eine Umkehr müsste Ideologie-Tabus brechen.

Der Marsch in die Plutokratie, in die Reichenherrschaft, wird kaum noch aufzuhalten versucht. Alles wird klaglos hingenommen. Wenn Volkswut überhaupt entsteht, ist sie unpolitisch, ziel- und hilflos. Sie richtet sich nicht gegen die Täter, sondern gegen andere Opfer. Gegen andere Opfer aus anderen Ländern, anderen Altersgruppen, anderen Fußballvereinen oder – wie in Kenia oder im Irak – anderen Stämmen oder Religionsgruppen. Damit können Regierungen mangels anderer Ziele dann auch noch Wahlkampf machen. Das neue Monster-Babylon der Plutokraten entsteht bereits: als „Über-Morgenland“<sup>9.)</sup> am Persischen Golf. Es ist die letzte Sause des Ölzeitalters, das Super-Bagdad von morgen. Die Weltpolitik ist längst Bestandteil des Systems. Immer mehr Politiker machen sich oder uns etwas vor, sei es nun über die Nützlichkeit der Finanzmärkte, die Selbstheilungskräfte des Marktes oder die Zukunft der Arbeit. Ob dies aus Blauäugigkeit geschieht oder aus Opportunismus<sup>10.)</sup>, ist für uns Betroffene unerheblich. Die große Frage ist, was danach kommt. Es gibt im Wesentlichen zwei Optionen: eine Renaissance des Kleinen und Regionalen oder Diktatur und neues Mittelalter. Es wird spannend. ■

#### Anmerkungen:

Der Text umfasst Ausschnitte aus einem Vortrag des Verfassers am 20.2.08 an der VHS Schwerte.

- 1.) Verf.: „Geld oder Leben“, Wien, München 2004.
- 2.) Siehe Stichwort „Geldverbrennung“ in: Verf.: „Kleines Lexikon der Sprachtäuschung“ in: „Humanwirtschaft“ 6/06, sowie „ÖkologiePolitik, Das ödp-Journal“, ab 135/08.
- 3.) Verf.: „Wertschöpfung oder Abschöpfung“. In: „Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT“ 02/2007.
- 4.) Ausführlich in: Verf.: „Geld oder Leben“, 2004, S. 67 ff.
- 5.) Bereits 1995 dargestellt in: Helmut Creutz: „Das Geldsyndrom“
- 6.) Die gesamte Problematik der überzogenen Kreditwirtschaft wurde dargestellt in den Veröffentlichungen Nr. 63, 79, 89, 90, 91, 93, 98, 106, 107 des Verfassers (siehe: [www.guenthermoewes.de](http://www.guenthermoewes.de)). Ferner in: Verf.: „Geld oder Leben“, S. 43 – 78 und „DER SPIEGEL“ Nr. 5/08, S. 20 - 32.
- 7.) Verf.: in: „Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT“ 01/2008
- 8.) „Megalomanie“ = Größenwahn. Siehe Veröff. Nr. 85 d. Verf.
- 9.) Titelgeschichte in: DER SPIEGEL 6/08.
- 10.) 32 amtierende und 28 ehem. Abgeordnete stehen im Dienst von Energiekonzernen (Greenpeace-Schwarzbuch)